

# Correspondent

Ersteinst  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 26. März 1901.

№ 36.

**Achtung!** Bestellungen auf das II. Qu. 1901 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

## Drei- oder fünfjährige Tarifdauer?

Ueber die zur Tarifberatung zu stellenden Anträge ist wohl genügend debattiert worden, so daß im großen und ganzen wenig mehr zu sagen übrig bleibt. Jedoch scheinen über die Gültigkeitsdauer des kommenden Tarifes die Meinungen noch sehr schroff sich gegenüber zu stehen. Dies zeigt uns am besten der Leitartikel in Nr. 32 des Corr.

Obwohl ich den Schreiber des Artikels als Autorität in Tariffragen schätze, so kann mich die Tendenz des Artikels in diesem Falle doch nicht ganz befriedigen.

In dem Artikel heißt es:

„Daß für den 1896 beschlossenen Tarif dank der errichteten Tariforganisation bereits das ganze Gewerbe gewonnen worden ist, ist ein Beweis für den Unterschied zwischen der Tarifgemeinschaft von 1893 und heute, und doch darf nicht übersehen werden, wie nur schrittweise und von Jahr zu Jahr steigend dem Tarife das Feld erobert werden mußte. Zahlen beweisen! Der Tarif war anerkannt im Sept. 1896 in 265 Orten m. 895 Firmen u. 9000 Gehl. Mai 1897 „ 469 „ 1631 „ 18340 „ 1898 „ 647 „ 2030 „ 22468 „ 1899 „ 880 „ 2704 „ 27449 „ 1900 „ 1002 „ 3115 „ 30630 „

Ja, was beweisen diese Zahlen?

Nimmt der Artikelschreiber vielleicht an, daß im Jahre 1896 nur rund 9000 Gehilfen tariflich entlohnt wurden? Der Verband zählte nach dem Jahresberichte von 1896 22522 Mitglieder; mithin mußten nach der Aufstellung 13522 Verbandskollegen zu untarifmäßigen Bedingungen gearbeitet haben. Daß 1896 alle die Hälfte der Verbandsmitglieder „rauhbetting“ gewesen seien, ist wohl nicht gut anzunehmen, vielmehr werden diese Kollegen zu tarifmäßigen Bedingungen bei Firmen gearbeitet haben, die den Tarif nicht schriftlich anerkannt hatten. Wie Prinzipale — in Berlin waren es gerade einige größere — aus Konkurrenzrücksichten der schriftlichen Anerkennung des Tarifes und den ganzen Tarifinstitutionen im Anfang feindselig gegenüberstanden, haben wir alle wahrgenommen. Mühten wir es da erleben, erst im dritten bzw. vierten Tarifjahre große Firmen wie Borsig'sche Zeitung, Berliner Lokalanzeiger (August Scherl), Zelleb und andere im Tarifverzeichnis zu finden, trotzdem dort stets tarifliche Verhältnisse existiert haben. Aus dieser Abneigung der Prinzipale, sich der Konkurrenz zu verpflichten, resultiert denn auch zum großen Teile diese langsame Anerkennung des Tarifes. Das zielbewußte und sichere Arbeiten des Tarif-Amtes hat aber die Prinzipale eines Besseren belehrt und zur Tarifarbeit gewonnen. Daher wird es jetzt, nachdem die Firmen für den Tarif gewonnen und die Vorurteile gefallen sind, wohl keiner fünf Jahre mehr bedürfen, um die jetzigen 3115 Firmen mit 30630 Gehilfen zur Anerkennung des neuen Tarifes zu veranlassen. Bekanntlich ist ja aller Anfang schwer und so ist es uns auch bei der erstmaligen Einführung des Tarifes gegangen.

Falls die Mithilfe der Prinzipalität bei Einführung des kommenden Tarifes dieselbe ist wie in den verflohenen Tarifjahren, so glaube ich, bei dem Wohlwollen, welches die meisten Behörden unserer Tarifinstitution entgegenbringen, daß wir im kommenden Tarifjahre den Tarif bis in die dunkelsten Teile unsers Vaterlandes zur Anerkennung bringen werden.

Doch kommen wir zur Beantwortung der obigen Frage! Hierbei müssen wir uns fragen: „Hat die fünfjährige Tarifgemeinschaft im allgemeinen befriedigt? Die Antwort muß auf alle Fälle „nein“ lauten. Die letzten drei Jahre haben uns in Deutschland ein wahres Notstandsjaht gebracht. Die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmieten sind um ein Drittel gestiegen. Andere Arbeiter konnten diese Teuerung durch Lohnaufbesserungen paralisieren, nur wir Buchdrucker mußten mit blutendem Herzen beiseite stehen. Ein jeder von uns weiß ja, daß bei

privaten Lohnzulagen man nur mit 1 oder 2 Mk., im höchsten Falle 3 Mk. über Minimum entlohnt wird. Aber selbst diese Entlohnung war im Verhältnisse zu der Teuerung noch zu wenig. Hätten wir eine dreijährige Tarifdauer gehabt, dann wären wir früher im Stande gewesen, einen annähernden Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen.

Auch ich bin der Ansicht des Herrn Artikelschreibers über das Schlagwort von dem „Ausnützen der guten Konjunktur“. Für sogenannte Augenblickserfolge wird wohl kein ernstlicher Gewerkschaftler mehr zu haben sein. Aber etwas andres ist es, wenn man versucht, ein möglichstes Schritthalten der Löhne mit der gesteigerten Lebenshaltung, Mieten usw. herbeizuführen. Aus diesem Grunde halte ich eine dreijährige Tarifgemeinschaft für beide Teile für ausreichend. Auch bei einer solchen haben die Prinzipale die gewünschte Ruhe und Stabilität im Gewerbe.

Verjuden wir es daher in diesem Jahre einmal mit einer dreijährigen Gültigkeitsdauer und sollten bei der Einführung die Befürchtungen des Herrn Artikelschreibers in Erscheinung treten, dann haben wir es immer noch in der Hand, den Tarif event. auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Nehmen wir von dem kommenden Tarife — ich möchte sagen — das böse Omen, das größte Mergernis des alten Tarifes, hinweg und viele unserer noch schmollenden Kollegen werden sich zufrieden geben.

Ottow.

## Umlageverfahren.

In Nr. 32 des Corr. führt Kollege F. S. in einer Korrespondenz „Aus dem Gau Hannover“ u. a. folgendes an:

„Da die Schaffung und Erhaltung einer Witwen- und Waisenkasse, wie es der Wunsch vieler Mitglieder ist, sich nur sehr schwer und unter großen Opfern realisieren lassen wird, um so leichter und mit nur verhältnismäßig geringen Opfern ist es tatsächlich möglich, durch ein sogenanntes Umlageverfahren den Witwen und Angehörigen verstorbener Mitglieder etwas wirklich Greifbares zu bieten. Verstorbene sind im Gau im Jahre 1896 acht, 1897 elf, 1898 sechs, 1899 zwölf, 1900 zehn, zusammen in den letzten fünf Jahren 47 Mitglieder oder im Durchschnitt 9½ Sterbefälle pro Jahr. Wir haben im Gau reichlich 1400 Mitglieder. Wird nun bei einem Sterbefalle eines Mitgliedes ein einmaliger obligatorischer Beitrag von 50 Pf. von einem jeden Mitgliede im Gau erhoben, so ist es möglich, den Witwen der Verstorbenen oder bei lebigen Kollegen deren Angehörigen eine einmalige Summe von 700 Mk. einzuhändigen. ... Rechnen wir durchschnittlich 10 Sterbefälle im Jahre, à 50 Pf. Beitrag = 5 Mk., also eine wöchentliche Mehrausgabe von ungefähr 10 Pf. Sollten wir diese Ausgabe für unsere Angehörigen nicht übrig haben!“

Diesen Ausführungen muß man denn doch entgegen-treten. Der Gau Hannover zählt 1400 Mitglieder; wenn nun in den letzten fünf Jahren nur 47 Mitglieder (rund jährlich 10) gestorben sind, so darf man doch unter keinen Umständen annehmen, daß das so weiter fortgehen wird. Es würden, wenn jährlich 10 Mitglieder das Zeitliche segneten, von den jetzigen 1400 Mitgliedern in hundert Jahren noch 400 am Leben sein! — Es ist doch aber wohl kaum anzunehmen, daß in siebzig Jahren auch nur noch 10 jetzige Mitglieder des Gau's Hannover am Leben sein werden.

Auch wird Kollege F. S. nicht bestreiten wollen, daß im Durchschnitt jedes Mitglied im Gau so viel bezahlen muß, als seine Hinterbliebenen ausbezahlt bekommen; nun wollen wir annehmen, im Durchschnitt arbeitet ein Buchdrucker 33 Jahre als Gehilfe und ist 2 Jahre Invalide, zusammen 35 Jahre — in diesen 35 Jahren muß ein jeder die 700 Mark aufbringen, das wären im Jahre 20 Mk., also wöchentlich rund 40 Pf.

Zum Schluß richte ich an die Mitglieder im Gau die Bitte, sich zu diesem „Umlageverfahren“, das meiner Ansicht nach schlechter ist als eine Lebensversicherungspolice, zu äußern, damit der Bezirk Osnaabrück seinen Antrag nicht einbringt eventuell aber zurückzieht.

Hannover.

Wolf Schulz.

Unter dem Korrespondenzzeichen F. S. erschien in Nr. 32 ein Artikel, welcher auf einen Antrag vorbereitet, der dem diesjährigen Gantage unterbreitet werden soll. Derselbe beschäftigt sich mit der Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbener Kollegen aus dem Gau und bringt zu diesem Zwecke das Umlageverfahren in Vorschlag. Wenn ich auch zugebe, daß sich die Hinterbliebenen vielfach in einer gerade nicht beneidenswerten Lage befinden, und wenn ich auch den guten Willen des Kollegen F. S., hier helfend einzugreifen, anerkennen muß, so möchte ich doch in Zweifel ziehen, ob er überhaupt mit seinem Vorschlage viel Wegenliebe bei den Gaumitgliedern finden wird. Ich halte es unter den heutigen Verhältnissen für ein ziemlich gewagtes Unternehmen, unseren Mitgliedern mit einer Steuererhöhung, möge sie nun direkt oder indirekt sein, zu kommen; auch wenn sie sich in den allerbestehenden Grenzen bewegt. Kollege F. S. möge auch nicht vergessen, daß sich ein großer Prozentsatz der unbefehrten Kollegen mit allen erlaubten Mitteln gegen eine bezartige Extrasteuerung wehren und sich einfach auf den Standpunkt stellen wird, warum sie eine freiwillige Steuer bezahlen sollen, von der sie absolut nichts zu erwarten haben. Hier versucht es F. S., diesen Kollegen die Sache in der Weise etwas schmachtlicher zu machen, daß er bestimmen lassen will, den Eltern usw. solle das kleine Kapital ausgezahlt werden. Ja, ob diese verjudente Pille besser schmecken wird? Auf der andern Seite sehe ich aber auch nicht ein, warum den Angehörigen unbefehrter Kollegen, wenn diese durch den Tod abgerufen werden und bei denen wir unsre Schuldigkeit bis auf das Tüpfelchen über dem i durch Zahlung von Kranken- und Sterbegeld erhalten haben, besondere Benefizien erwiesen werden sollen. Kollege F. S. wird einwenden können, er war der Ernährer seiner alten Eltern. Ja, aber in wie vielen Fällen wird dieses zutreffen? Hier scheint mir die Humanität doch etwas zu weit gegangen zu sein. Kollege F. S. möge auch nicht vergessen, daß ihm vielleicht gerade aus unserm Vororte Hannover eine sehr starke Opposition erwachsen wird, da dort bekanntlich eine Witwen-Unterstützungs- und Frauen-Regulirungskasse besteht, welche ein jährliches Wittwengeld von 72 Mk. bezahlt.

Für eine vollständig verfehlte Idee möchte ich es bezeichnen, daß es den aus dem Gau abreisenden Mitgliedern freiest, an dem Umlageverfahren weiter teilnehmen zu können. Bei dem ziemlich starken Wechsel, welcher in unserm Gau herrscht, würde es jedenfalls ziemlich schwer halten, von den Kollegen, welche sich vielleicht, ich betone ganz besonders vielleicht, bei der Abreise bereit erklärt haben, weiter zu zahlen, bei einem etwaigen Todesfalle die Beiträge einzuziehen und zwar aus dem einfachen Grunde, da gar nicht feststeht, in welchem Gau sich das Mitglied aufhält.

Zum Schluß möchte ich doch zu bedenken geben, ob es von großem praktischen Werte ist, unsere Verbandsversp. Ganeinrichtungen mehr und mehr auf den Unterstützungspunkt zu drücken. Zuerst mögen sie ja ganz guten moralischen und agitatorischen Erfolg haben, später führen sie vielleicht aber auch zur —.

## Zur Einführung einer Witwenkasse

im Gau Rheinland-Westfalen.

Freudig zu begrüßen ist die Anregung, die der Gauvorstand von Rheinland-Westfalen in seinem Zirkular 2 macht, betr. Einführung einer Witwenkasse.

Laut Zirkular sind in den letzten 5 Jahren 53 Mitglieder gestorben, eine überaus geringe Zahl. Es sind vielleicht günstige Jahre gewesen und andere Jahre stehen mit größerer Sterblichkeit da. Dieses zu unterzuchen, ist jedoch meine Absicht hier nicht, sondern ich will nachzuweisen versuchen, daß man mit dem angegebenen Beitrage von 7,50 Mk. nicht auskommt.

Die Mitgliederzahl unsers Gau's beträgt 2000. Man nehme an, daß das jüngste Mitglied 20 und das älteste 70 Jahre alt ist; dazwischen liegen 50 Jahre. In diesem Zeitraum aber müssen naturgemäß die 2000 Mitglieder sterben. Es entfielen demnach auf das Jahr 40. Hiernach wäre der Beitrag aber 40 × 50 Pf. = 20 Mk. Einen solchen Beitrag noch zu leisten neben den übrigen Kassengeldern wird selbst den ledigen Kollegen schwer.

ferner, es brechen schwere Epidemien aus, die auch aus unseren Kreisen große Opfer fordern, dann ist man bei der angeregten Art der Beitragserhebung gezwungen, Schulden zu machen.

Der Gedanke einer Witwenkasse ist für unsere Organisation zu weitgehend, um ihn nicht vorher einer Besprechung zu würdigen. Soll hier etwas wirksames geschaffen werden, so muß dieses vom Zentralvorstande aus geschehen. Für diese Kasse muß ein regelmäßiger Beitrag von allen Mitgliedern erhoben und gesondert von den übrigen Kassengeldern verwaltet werden. Auf diese Weise wird es möglich sein, eine rentable Kasse einzuführen und lebensfähig zu erhalten.

Die Hinterbliebenen treten erst dann in den Genuß der Rente, wenn das verstorbene Mitglied mindestens 2 Jahre zur Kasse gesteuert hat. Hierdurch wäre es auch möglich, in den ersten 2 Jahren einen Reservefonds anzusammeln. — Um nun aber nicht ungekehrt zu sein gegen die Hinterbliebenen der etwa in den ersten der Gründung folgenden zwei Jahren sterbenden Kollegen, würde ich vorschlagen, den Hinterbliebenen (wenn 26 Wochenbeiträge gezahlt sind) etwa 25 bis 33%, Proz. der auszufehenden Summe zu zahlen.

Vielleicht geben diese Zeilen den Anlaß, daß sich die nächste Generalversammlung mit dieser Angelegenheit befaßt. Uns Kollegen würden ja durch Einführung einer solchen Versicherung die hohen Lebensversicherungsprämien erspart und der Verband würde dadurch nur an Mitgliedern und Ansehen gewinnen.

Da aber eine solche Kasse mit festen, regelmäßigen Beiträgen in den Grenzen eines Gaaes sich nicht lebensfähig erweisen würde, andererseits die Erhebung eines Beitrages bei jedem Sterbefalle uns Kollegen eine ungeheure und ungewisse Last aufbürdet, so möchte ich empfehlen, diesen Vorschlag des Gaaes Rheinland-Westfalen abzulehnen.

Kemjheid.

-gl.

## Korrespondenzen.

**-ch. Blankense.** Am 16. März hielten die hiesigen, vollzählig erschienenen Mitglieder eine Versammlung ab, um auch ihrerseits Stellung zu dem in diesem Jahre ablaufenden Tarife zu nehmen. Für den Fall der Revision des Tarifes erklärte sich die Versammlung für eine zehnprozentige Erhöhung der Grundpositionen. Ueber den für Blankense zu fordernden Lokalaufschlag entspann sich dann eine lebhafte Debatte; man einigte sich schließlich dahin, für den hiesigen Ort 10 Proz. Lokalaufschlag zu beantragen. Es wurde auch der Wunsch geäußert, ob es nicht verjucht werden könnte, den Hamburger Lokalaufschlag bis nach hier auszubehnen, da die Lebensverhältnisse doch hier teurer sind als in Hamburg. Bei der nun folgenden Wahl eines Delegierten für den demnächst in Neuminster stattfindenden Delegiertentag wurde Kollege Rausch gewählt. Hierauf wurden noch einige Angelegenheiten lokaler Natur erledigt. Nachdem die Kollegen noch einige Stunden in freundschaftlicher Stimmung beisammen geblieben, trennte man sich in dem Bewußtsein, nunmehr auch hier endlich die erwünschte Einigkeit erzielt zu haben.

**-lm. Frankfurt a. M.** (Verpätet.) Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 13. Februar seine jährliche Hauptversammlung ab, die sich nicht gerade eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte ging hervor, daß das verfloßene Jahr im allgemeinen ruhig verlaufen sei. Nur bei zwei Firmen kamen tarifliche Verstöße vor, die unter Mitwirkung des Vorstandes erledigt wurden. Versammlungen wurden 10 abgehalten, wovon die meisten öffentliche waren. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 16 Vorstandssitzungen, auch fanden mehrere Offiziumsversammlungen statt zur Gewinnung der uns noch fernstehenden Kollegen, die auch zum größten Teile Erfolg hatten; nur die indifferenten Kollegen bei Finisch belohnten die Mühe des Vorstandes durch Nichterscheinen. Der Schauspieler Balkotte registrierte „Bartel Turajer“. Der Bericht schloß mit dem Wunsche, daß das kommende Jahr ebenso günstig verlaufen möge. Da keine Debatte beliebt wurde, folgte der Kassenbericht: Einnahme (einschließlich eines Saldo von 1945,71 Mk.) 2535,28 Mk., Ausgabe 386,76 Mk. Vermögensbestand: 2148,55 Mk. Nach dem Berichte der Revisoren wurden die Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden und dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Zur Neuwahl des Vorstandes schlugen die Geschlechtsvertrauensleute folgende Kollegen vor, die sämtlich einstimmig gewählt wurden: Emil Dornis, 1. Vorsitzender; Hermann Bender, 2. Vorsitzender; Mittel Dorn, Kassierer; Ludwig Fischer, 1. Schriftführer; Albert Kollshausen, 2. Schriftführer; Eduard Schaefer, Wilh. Fischer, Beisitzer. Für den Bezirksvorstand wurde Kollege Heinrich Müller, für den Gauvorstand Kollege Ludwig Fischer vorgeschlagen. Nachdem noch seitens eines Mitgliedes auf die Notwendigkeit regerer Anteilnahme am Verbandsleben hingewiesen wurde, rügte der Vorsitzende den spärlichen Besuch der Versammlung und schloß dieselbe mit einem Hoch auf den Verband.

**-r. Bezirk Götta.** Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 10. März in Götta statt. Vertreten waren 5 Orte des Bezirks mit zusammen 93 Mitgliedern. Nach Genehmigung des Protokolls und Erstattung des Jahresberichtes pro 1900 kam man zum Punkte „Stellungnahme zum ablaufenden Tarife“, zu welchem der Geschlechtsvertreter des V. Tarifkreises, Kollege Löschke-Halle, das

Referat übernahm hatte. Ueber die zu stellenden Forderungen empfahl er, sich in mäßigen Grenzen, aber desto bestimmter zu bewegen. Die niedergehende Geschäftskonjunktur und die immermehr sich ausbreitende Segensmaschine bedinge ein Absehen von der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit, man müsse mehr auf Erhaltung materieller als ideeller Vorteile bedacht sein. Die Erhöhung der Lokalaufschläge und der Grundpositionen würde Sondertarife hervorbringen, deshalb möchte man sich auf Erhöhung der Grundpositionen und des Minimums einigen. Ferner hat Redner um das Vertrauen der Kollegenchaft und versicherte, daß er das Wohl der Gesellschaft zu wahren bei den bevorstehenden Verhandlungen als seine heiligste Aufgabe betrachten werde. Langsamfahender, begehrter Beifall wurde dem Redner am Schlusse seines Vortrages zu teil. — In der sich anschließenden Debatte wurde dennoch gegen maßvolles Fordern plädiert, da von Prinzipalsseite doch noch beschnitten werde. Auch die Forderung der Arbeitszeitverkürzung sei, ganz davon abzugehen, daß es das höchste Ziel einer modernen Gewerkschaft sei, sehr materiell, da dadurch die Lassen entlastet würden. Setze man von dieser Forderung ab, so stelle man sich selbst ein Armutsergebnis aus. Gerade die jetzige niedergehende Geschäftskonjunktur müsse den Prinzipalen eine Arbeitszeitverkürzung wünschenswert erscheinen lassen. Eine von mehreren Anwesenden eingegangene Resolution: „Die heutige Bezirksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden, nimmt von einer Kündigung des Tarifes Abstand und legt das Hauptgewicht bei der Tarifrevision auf die Erhöhung der Grundpositionen sowie der Lokalaufschläge und prozentuale Erhöhung des Gehältes“, wurde mit 55 gegen 31 Stimmen angenommen. Einige andere Anträge, welche eine Verkürzung der Arbeitszeit mit eingeschlossen hatten, fanden dadurch ihre Erledigung. Die Wahl des Ortes zur nächsten Bezirksversammlung wurde dem Bezirksvorstande überlassen. Zum Schlusse erjuchte der Vorsitzende die Mitglieder, die Vorträge, welche sich aus dem Referate ergeben hätten, wohl zu beachten und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Gagen i. W.** Am 20. März feierte Kollege Wilhelm Lohme in der Buchdruckerei von Gustav Bitt sein fünfundsingzigjähriges Geschäfts- und Berufsjubiläum. Vor etwa 1 1/2 Jahren war es Kollege Rudolf Belter, der das gleiche Jubiläum feiern konnte. Zwei Geschäftsjubiläen stehen in genannter Druckerei in diesem Jahre noch bevor.

**Oelbronn.** Eine hier am 3. März abgehaltene und hauptsächlich von Mitgliedern — sehr gut besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung beschäftigte sich auch, wie allertor, mit der Frage: „Tarifstündigung oder Tarifrevision“. Als Referent hierzu war Gauverwalter Knie aus Stuttgart erschienen. Nach den trefflichen Ausführungen des Referenten, auf die hier näher einzugehen sich wohl erübrigt, stellte Kollege Hofmeister folgende Resolution: „Die heute am 3. März hier tagende, von 125 Gehilfen besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen ihres Tarifvertreter, des Kollegen Knie, einverstanden. Sie hält im Jahre 1896 geschlossene Tarifgemeinschaft für das deutsche Buchdruckergerwerbe für einen Arbeitsvertrag, der voll und ganz geeignet ist, stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern. Angesichts der immensen Steigerung der Lebens- und Wohnungsmittelpreise hält die Versammlung eine entsprechende Erhöhung der bisherigen Tariflohnätze für unbedingt geboten und beauftragt daher den Vertreter des IV. Tarifkreises, beim Tarif-Amt den Antrag auf Revision des Deutschen Buchdrucker-Tarifes einzureichen.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einer kleinen Diskussion sühnte Redner noch einige Punkte an, welche speziell für hier geeignet bei einer Revision in Betracht kommen können. Es wäre dies in der Hauptsache statt Lokalaufschlag: Erhöhung der Grundpositionen, dann einige Änderungen der Lehrlingskassa und Aufhebung der Klausel „in Städten unter 20 000 Einwohnern“ usw.

**Δ Offenbach a. M.** (Bezirksversammlung vom 16. März.) Nach Erledigung umfangreicher geschäftlicher Angelegenheiten und Verkündigung des Wahlergebnisses der Gantagsdelegiertenwahl (siehe Nr. 32) wurden die Revisoren für das laufende Geschäftsjahr gewählt: die Kollegen Heilmann, Reiffe und Stein. Die Wahl einer eventuellen Vergütungskommission wurde vorläufig vertagt und zur Beratung der Anträge zu dem Ofsten in unseren Mauern stattfindenden Gantage geschritten. Von Frankfurt aus lag eine Tagesordnung des Gantages vor, welcher die bereits eingegangenen Anträge angeheftet waren: Herabsetzung der Zahl der Delegierten zu den Gantagen, Obligatorisierung der Witwen- und Waisenlaffe (Sitz Kassel) usw., welche aber wegen der schon etwas vorgerückten Stunde nicht genügend besprochen werden konnten und bis auf die nächste (außerordentliche) Bezirksversammlung vertagt wurden.

## Rundschau.

Die Feier ihres fünfundsingzigjährigen Bestehens bezing am 17. März die Schlesiische Buchdruckerei-, Kunst- und Verlagsanstalt S. Schottlaender in Breslau. Das Jubiläum wurde vom Prinzipale und den Arbeitern der Druckerei in festlicher Weise begangen.

Im Deutschen Buchgewerbehaufe zu Leipzig ist zur Zeit eine Ausstellung von Künstler-Lithographien arran-

giert worden. Dieselbe beginnt mit den ersten Verjuchen Senefelders, dann folgen die einschlagenden Erzeugnisse aus München, Berlin, Frankfurt, Dresden und Karlsruhe, weiter aus Oesterreich, Frankreich, England und Belgien. Dem schließen sich Sonderausstellungen von Arbeiten Menzels, Pettenkofer, der „Pan-Gruppe“ u. a. an.

Im Verlage von Feinr. Seemann Nachf. in Leipzig erscheinen demnächst „Monographien des Kunstgewerbes“, herausgegeben von Dr. Jean Louis Sponfel. In Vorbereitung sind u. a.: Das Buch als Kunstwerk: I. Bucheinband in alter und neuerer Zeit, von Dr. Jean Loubier, Direktorial-Assistent an der Bibliothek des kgl. Kunstgewerbe-Museums zu Berlin. II. Druck und Schmuck, von Dr. Friedr. Brühnschöffer, Kustos an den k. k. Hofmuseen zu Wien.

Vom Landgerichte in Breslau wurde der Redakteur Klüß von der Volkswacht wegen Beleidigung ober-schlesischer Postbeamter zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, wegen Beleidigung der Polizei der Redakteur Dittmann von der Norddeutschen Volkstimme in Bremerhaven zu 150 Mk. Geldstrafe, der Redakteur Lütjens von der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung wegen Beleidigung eines Regimentskommandeurs zu sechs Wochen Gefängnis.

Wegen widernatürlicher Unzucht wurde in Magdeburg der 29jährige Schriftfeger Wilhelm Placke zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, die zur Fröhnung seiner päderastischen Neigungen mißbrauchten zwei Lehrlinge erhielten je eine Woche. Der von vernünftigen Eltern flammende Placke konditionierte bis zu seiner Verhaftung als „Seher und Faktor“ — wie der Gerichtsbericht allen Ernstes vertündet — in der im Corr. mehrfach genannten Druckerei von H. Zacharias in der Neuen Neustadt, allwo er nicht nur das Vertrauen des Prinzipals in höchstem Maße genoß, sondern diesen in seiner tariffeindlichen Gesinnung noch erheblich bestärkte. Die 1898 und 1899 unternommenen Verjuche, den Magdeburger städtischen Drucker zur Tarifseinführung zu zwingen, scheiterten nicht zuletzt an den Machinationen dieser auf Abwegen liegenden Seele. 1898 noch Gutenberg-Bündler und als solcher mit der Mehrzahl seiner Bundesgenossen bei Zacharias damals stehen bleibend, quittierte er später diese Mitgliedschaft und suchte jortan — außer der gelegentlichen Verlesung des § 175 Str.-G.-B. — Befriedigung in widerlichen Verbandsbegeisterungen. In Magdeburger Kollegentreisen waren die londerbaren Schwärmerreien Plackes mehr oder weniger öffentliches Geheimnis, es wurde oftmals von schallenden Abweisungen der von ihm beliebten Bärtlichkeiten gemunkelt; daß seine Ueberführung nun gerade auf Kosten zweier Lehrlinge (der Plackes Druckerei) erfolgen mußte, ist das einzig Bedauerliche an der Sache.

In den Berliner Krankenkassen spielt die Apothekerfrage seit längerem eine große Rolle. Die an die glücklichen Besitzer dieser staatlich fuktionierten 200-Proz.-Pfründen gestellten Forderungen eines Rabattes von 25 Proz. auf die Rezeptur, nach Ausgestaltung der Handverkaufsätze und Fortfall der Gebühren für Gläser usw., sind von diesen größtenteils abgelehnt worden. In Berlin entfällt der Hauptanteil der ärztlichen Verordnungen noch auf Rezeptur, in anderen Orten ist der Prozentfuß weit geringer. Zu einem gemeinsamen Vorgehen haben sich bis jetzt 69 Krankenkassen mit über 400 000 Mitgliedern entschlossen, unter diese zählt auch die Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin.

Naturärzte! In Berlin haben sich mehrere derselben den Titel „Naturheilkundige“ beigelegt. Das Kammergericht als Berufungsinstanz erkannte dies als strafällig und sagte in seiner Begründung, es komme nicht darauf an, ob die Angeklagten die Absicht hatten, sich einen arztähnlichen Titel bezulegen; entscheidend sei vielmehr, ob die Angeklagten das Bewußtsein hatten, daß jene Bezeichnung im Interesse geeignet gewesen sei, beim großen Publikum den Glauben zu erwecken, es handle sich um gepriifte Medizinalpersonen. Es ist eine schöne Sache um den dolus eventualis!

Was heutzutage alles von der Polizei im Interesse der „öffentlichen Ordnung“ geschützt wird, beweist die Auflösung einer polnischen Wählerversammlung in Kulmeje (Westpreußen), weil der Referent behauptet hatte, die vor etwa 1500 Jahren an die baltischen Küsten gekommenen alten Germanen hätten Seeräuberrei getrieben, eine Behauptung, die nur allzu wahr ist.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen hält am 8. April in Jena seine Generalversammlung ab, welche sich auch mit der Gründung eines eignen Organs zu befassen hat.

Zu dem Vorgange im Pforzheimer Lebensmittelbedürfnisvereine schreibt nun auch sehr zutreffend die sozialdemokratische Rheinische Zeitung: „Eine Lehre für die Arbeiter entfällt das bedauerliche Vorkommnis in Pforzheim; die Lehre nämlich: bei der Besetzung von Stellen an Organisationen, Genossenschaften usw. streng darauf zu sehen, daß die anzustellenden Personen ihrer Aufgabe gewachsen sind. Es genügt nicht, daß einer ein guter Kerl, ein eifriger Kämpfer für die Arbeiterfrage ist; wo geschäftliche Kenntnisse erforderlich, aber nicht vorhanden sind, da kann das alles nichts helfen, gar zu leicht stellen sich dann Versehen heraus, die vor dem Gesetze als Vergehen gelten und schließlich sind alle Teile materiell und moralisch geschädigt. So scheint es auch in Pforzheim gewesen zu sein... Die Sache dürfte sich dahin aufklären, daß es sich auf seiten der Verhafteten nicht um betrügerische Manipulationen, sondern nur um unzureichende Geschäftskennntnis und darauffolgende Un-

regelmäßigkeit handelt, was den Fall an sich weniger schlimm, aber als Lehre für die Arbeiter dennoch wichtig genug erscheinen läßt."

In München soll für die niederen Bediensteten und ständigen Arbeiter der Stadtgemeinde eine Versorgungskasse ins Leben gerufen werden.

Die überhandnehmende Arbeitslosigkeit in allen Gewerben wird recht trefflich gehoben in Radeberg, wo man an Stelle der Glasarbeiter Häflinge der Korrekionsanstalten beschäftigt. Erstens erhalten dadurch die Unternehmer billige Arbeitskräfte und zweitens wird ein Druck auf die bisherigen Löhne ausgeübt; deren Verbesserung nun erst recht erschwert ist. Ein Besuch von Arbeitslosen, sie an Stelle der Korrekondäre zu beschäftigen bezw. die letzteren zurückzuführen, lehnte die Anstaltsverwaltung ab.

Die „guten Sitten“ sind nicht gefährdet! In Düsseldorf prozessierten 30 Arbeiter der Firma Wortmann & Ebers gegen ihre Unternehmer wegen Führung schwarzer Listen, welche dieselben beim Ausbruche eines Streiks an sämtliche Firmen der gleichen Branche mit dem Ersuchen verandt hatten, die betr. Streikenden nicht in Arbeit zu nehmen. Das Gericht wies die Klage der Arbeiter ab. Eine vorläufige Schadenszufügung unter Verlegung der guten Sitten liege nicht vor. Daß die besagte Firma mit dem Ersuchen die ausgeprochene Absicht verfolgt habe, den Klägern durch Unmöglichmachung oder wenigstens Erschwerung der Ausübung ihrer Arbeitskraft Schaden zuzufügen, könne keinem Zweifel unterliegen. Allein, daß dieses in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise geschehen sei, könne nicht anerkannt werden. Damit vergleiche man die Verurteilung streikender Arbeiter zur Schadenshaftung der Unternehmer. Ja, Bauer, das ist etwas andres!

Die industriellen Werke des König Stumm, der keinen Sohn, aber vier Töchter als Erben zurückließ, werden in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt.

Wohl nur den Agrariern zu Liebe, denen auch dadurch die ausländischen Arbeiter begehrter erscheinen, beschloß der Bundesrat, daß polnische Arbeiter russischer und österreichischer Staatsangehörigkeit, denen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nach dem Versicherungsgeetze nicht unterliegen sollen, sofern diese Arbeiter in inländischen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder in den Nebenbetrieben beschäftigt werden und daß diese Bestimmung vom 1. April 1901 ab in Kraft treten soll.

Das deutsche Unternehmertum hat von jeher von allen Unternehmern des Kontinents das geringste soziale Verständnis entwickelt. So hat neuerdings der Arbeitgeberbund des Baugewerbes für Schwaben und Neuburg einen Musterarbeitsvertrag ausgearbeitet, in dem es u. a. heißt: „Die Dauer der jeweiligen Arbeitszeit und den hierfür zu zahlenden Stundenlohn setzt der Meister oder dessen Stellvertreter fest; die Einnüchtigung Dritter bleibt ausdrücklich ausgeschlossen.“ Die Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschlusse des Lohn- und Arbeitsvertrages soll den Arbeitern an jeden Preis vorerhalten bleiben, der „herr im Hause“ ist das A und O der sozialpolitischen Weisheit in Unternehmerkreisen.

In Berlin ist eine neue Organisation der Berliner Tischlermeister, die sich gegen die Zwangsinnung richtet, ins Leben getreten. Da als Leiter dieser Organisation der frühere Obermeister der freien Innung, Marschall, genannt wird, so scheint die Zwangsinnung die reaktionären Gelüste des Lehrern nicht im vollen Umfange beschränkt zu haben.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg hat eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter nach folgenden Grundrissen beschloffen: Es wird zunächst auf die Mitglieder-Guthaben eine Kapitaldividende bis zu 6 Proz. gezahlt, sodann tritt eine Verzinzung des Reservefonds und des Betriebskapitals mit mindestens 3 Proz. ein. Von dem hiernach verbleibenden Ueberschusse werden mit einem gleichen Prozentsatze beteiligt: a) die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine; b. die Inhaber von Verkaufsstellen von Genossenschaftszigaretten; c. die Arbeiter und Angestellten. Steigt der an die Konsumenten und Arbeiter zur Verteilung gelangende Anteil über 3 Proz., so sollen auch Betriebskapital und Reservefonds mit dem gleich hohen Prozentsatze verzinst werden. Es steht den Arbeitern natürlich frei, Mitglieder der Genossenschaft zu werden. Der Anteil beträgt 25 Mk.

Am 20. März hat sich in Berlin auf Grund des Reichsneugengesetzes ein Reichs-Gesundheitsrat konstituiert. In seiner Eröffnungsrede sagte Graf Poldowski, es sei ein weites Gebiet, das sich den Herren eröffne, das nicht nur darin besteshe, die deutschen Regierungen in dem Kampfe zu unterstützen gegen die verheerenden Volksseuchen, deren Gefahren durch die Steigerung des Verkehrs mit fremden Ländern bedenklich zunehme, sondern auch die Regierungen zu beraten auf den Gebieten der Wohnungsfrage, der Ernährung, des gewerblichen Arbeiterdaseins, der Verteilung unserer schönen Ströme gegen nachteilige Einflüsse der schnell wachsenden Bevölkerung und fortgesetzt gesteigerten gewerblichen Tätigkeit. Aus den Beratungen des Reichsgesundheitsrates würden weittragende Anregungen hervorgehen für die hygienischen Maßregeln in Staat und Gemeinde. Wir wollen hoffen, daß nach diesem Programme nicht nur geredet, sondern auch gearbeitet wird.

Nach der Sachl. Arbeiterzeitung haben verschiedene Bundesregierungen vertraulich erklärt, sie könnten bei allem Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichsanwalters nach einer Beschleunigung der Beschlußfassung über den Posttarif mit Rücksicht auf ihre besonderen Landesinteressen von einer Betragung der beruflichen wirtschaftlichen Körperschaften, so zeitraubend sie sich auch gestalten möge, nicht Abstand nehmen. In letzter Instanz wäre das eine Erklärung der nichtpreussischen Regierungen gegen den Brotwucher.

Die Gesellschaft für soziale Reform, deren Vorsitzender der frühere preussische Minister v. Berlepsch ist, faßte in ihrer jüngsten Ausschußsitzung folgende Resolution: „Es ist durch ein Gesetz ein Reichsarbeitsamt zu errichten mit der Aufgabe der Feststellung und Klarlegung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Lohnarbeiter und der in ähnlicher Lage befindlichen Angestellten. Dem Reichsarbeitsamt wird ein Beirat beigegeben, der je zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeiter und neutralen Sachverständigen besteht. Den Gewerkschaften möge baldigst durch Gesetz die Rechtssähigkeit verliehen werden und diese Vereine von den Vorschriften über politische Vereine befreit werden — ist die zweite Forderung der Gesellschaft.“

Die Gewerbegerichts-Kommission des Reichstages hat am 15. März auch in zweiter Lesung beschlossen, die Bestimmung in § 13 des Gewerbegerichtsgeetzes aufzuheben, die besagt, daß bei den Besitzern der Häuser seit mindestens einem Jahre in dem Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung haben müssen. Durch die Streichung dieser Fristbestimmung wird einer Anzahl bisher nicht wahlberechtigter Personen das aktive Wahlrecht erteilt.

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird demnächst Erhebungen über die Art und Weise der Beschäftigung in Privatkontoren veranstalten.

Ueber die Bewegung im Strafrechte während der letzten 30 Jahre äußerte sich jüngst der Professor Dr. Seuffert aus Bonn in einem Vortrage, den er in der Dresdener Gefestigung hielt. Nach der Kriminalstatistik des Reiches sei von 1852 bis 1898 eine Zunahme von Verurteilungen um 44 Proz. zu verzeichnen. Aber die Kriminalitätsziffer ist wesentlich deshalb eine so hohe geworden, weil die vielen neuen Vergehen gegen die Gewerbeordnung, die sozialpolitischen Gesetze usw. hinzugekommen sind und weil die beträchtliche Zahl der Rückfälle in Betracht kommt. Im Alter von 18 bis 21 Jahren ist die Beteiligung der Männer an der Kriminalität zehnmal so groß wie beim Weibe, im Alter von 30 bis 40 Jahren viermal, im Alter von 40 bis 50 Jahren 3,2mal so groß. Im späteren Alter ergibt sich, daß der Anteil der Frauen an der Kriminalität ein größerer ist als derjenige der Männer. Leider wächst die Jugendkriminalität weit mehr als die Kriminalität der Erwachsenen. Wegen Majestätsbeleidigung sind, wie der Redner ausführte, in jedem Jahre etwa 500 Verurteilungen zu verzeichnen. Die letzten Jahre haben eine Abnahme gebracht. In England ist im Jahre 1824 die letzte Unflage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden. Die Fälle von Körperverletzung, besonders von gefährlicher Körperverletzung, von Unterschlagung, von Betrug haben sich wesentlich vermehrt und gerabzu unheimlich ist die Rückfallsziffer beim Betrage. — Die Kriminalgeographie für Deutschland ist im Jahre 1893 zum erstenmale veröffentlicht worden und zwar für die Jahre 1883 bis 1892. Auf 10 000 Strafmündige im Reiche kamen 1023 Verurteilungen. Sachsen ist erheblich unter dem Durchschnitte, nämlich mit 90,4 eingeschrieben. Die höchste Ziffer weist der ostpreussische Kreis Johannisburg auf. Rheinpreußen gehört nach Ausweis der geographischen Kriminalstatistik mit zu den günstigsten Bestandteilen des Deutschen Reiches; dagegen weist die bayerische Rheinpfalz ein erhebliches Anschwellen auf. Im ganzen ist die Kriminalität im Westen und Norden geringer, im Süden und Osten stärker. Bei der gefährlichen Körperverletzung stehen Oberbayern, Niederbayern, die Rheinpfalz und besonders der bayerische Kreis Birnauens (letzterer mit 60,4 Verurteilungen auf 10 000) an der Spitze. Bei Betrug ist die Ziffer für das Reich 4,6. Preußen ist nur mit 3,7 in der ganzen Monarchie vertreten; Sachsen etwas über das Mittel mit 5,9, Bayern mit 7. Die Endpunkte sind in dieser Beziehung der Kreis Wdenau mit 0,33 und Ulm mit 17,5. — Die Zahl der rückfälligen Verbrecher belief sich 1882 auf 82 000, 1897 auf 183 000 und 1898 auf 191 900. Ohne Unterbrechung steigt die Kriminalitätsziffer der Rückfallsverurteilungen und zwar nicht nur der einmal, sondern auch der mehrmals Rückfälligen. In den preussischen Buchhändlern sitzen fast nur rückfällige Verbrecher und zwar mehrfach Rückfällige. Besonders ist die Jugend rückfällig. — Auch die Zahl der Unzeigen steigt fortwährend. Reichlich 50 Proz. solcher Unzeigen auf Verurteilung werden von den Staatsanwälten zurückgewiesen und gar nicht erst an die Gerichte gebracht. Auch die zunehmenden Klagen wegen Beleidigung und wegen Körperverletzung zeugen davon, daß die kriminelle Neizbarkeit größer geworden ist.

Die Stadthalle in Elberfeld soll — einem Beschlusse der Stadtverordneten zufolge — allen politischen Parteien zur Verfügung stehen, nur nicht der Sozialdemokratie. In Preußen nennt man das „Weiches Recht für alle!“ „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“ Der verstorbene Oberbürger von Charlottenburg hatte ein jährliches Gehalt von etwa 25 000 Mk.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Flugblatte, wurden zwei Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei im Hoftheater zu sechs bezw. drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Degenerierung. Von 339 Gestellungs-pflichtigen wurden in Langenbielau (Schlesien) bei der letzten Aushebung nur 34 als brauchbar zum Militärdienst befunden. Die Hungerlöhne der dortigen Weber lassen dies Resultat erklärlich erscheinen.

Den Staub von den Pantoffeln schüttelten im Jahre 1900 22309 Deutsche, darunter 12471 Preußen und von diesen wieder 7205 aus Ostelbien — dem Junkerparadiese.

Die Prinzipale der Maß- und Kostümschneider in Berlin lehnten es ab, mit der Gesticgenorganisation resp. der Lohnkommission zu verhandeln, sie wollten einen Zentralauschluß der bestehenden Konfessionärvereine ins Leben rufen, der u. a. Maßnahmen zur Abwehr von Missständen treffen soll. Die Gesticfen machen besonders gegen die Hausindustrie Front. In Lübeck, Mainz, Mittweida, Nürnberg, Würzburg haben sich die Schneider mit den Unternehmern geeinigt. In Mittweida erzielte sie einen Lohnzuschlag von 10 Proz. (gefordert waren 15 Proz.), in Würzburg und Nürnberg 30 Pp. Mindestlohn bei eifständiger Arbeitszeit, dagegen streiten in Weimar noch 50 Schneider. In Braunschweig streiten die Tapezierer. In Greiz traten die Weber mit dem Fabrikantendevine in Unterhandlung wegen Lohnaufbesserung und fanden insofern Gehör, als man sich einer Aufbesserung nicht abgeneigt zeigte, sofern auch die dem Vereine nicht angehörigen Fabrikanten eine solche gewähren. Die benachbarten Orte im Vogtlande dürften sich der Bewegung anschließen. Der Erdarbeiterstreik in Meerane ist beendet. Es wurde der Lohn um 25 Proz. erhöht. In Rußland gedenken die Köpfer in den Streit zu treten.

In Wien legten 80 Agenten der Nähmaschinen-Niederlage vorm. Singer & Co. die Arbeit nieder wegen „überaus drückender Dienstverhältnisse“. — In Marseille hat der Verwaltungsrat der Arbeiterkammern und der Arbeitsbörse alle Korporationen aufgefordert, die Arbeit niederzulegen resp. sich mit den ausländischen Hafenarbeitern solidarisch zu erklären. Der Gesticfen-Ausschluß der Ausständigen erbot sich, die Arbeiten in Form einer Genossenschaft auf eigene Rechnung unter Ausschluß der Unternehmer zu übernehmen. Der Präseft überwieß dieses Angebot dem Präsidenten des Redevorstandes. Dieser verhielt sich natürlich ablehnend. Die Zahl der ausständigen resp. beschäftigungslosen Arbeiter beträgt zur Zeit 18 000. — Aus Amerika wird ein Massenstreik der Bergarbeiter der Vereinigten Staaten für den 1. April angekündigt, wenn die Unternehmer sich nicht auf Unterhandlungen einlassen. In Betragt kämen 130 000 Mann.

Das norwegische Abgeordnetenhause hat die Zulassung von Frauen zu Beamtenstellungen beschlossen und soll die Verfassung dahingehend geändert werden. Zur Ablegung des Abiturientenexamens, der Universitätsexamina, des Rechtes akademische Grade zu gewinnen und der Ausübung der Universitätsprofessuren waren die Frauen schon seit 1892 zugelassen. Bis 1900 sind von Frauen 297 Studenten- und 26 Staatsbeamten abgelegt worden. Da nun durch das Gesetz näher präzisiert werden soll, welche Art Beamtenposten den Frauen zugänglich sein sollen, wird befürchtet, daß der Staat durch die Gewinnung billiger Arbeitskräfte die Arbeit der Männer herabzudrücken versuchen wird.

Der geübteste Schweiß haßt Luzusarikeln nicht weniger als anderen Erzeugnissen an. So verdienen bei zwölfstündiger Arbeitszeit die Spitzenarbeiterinnen in Lyon täglich nur 75 Cent. bis 1,25 Fr., die Seidenwebereinnern 1,95 bis 4,50 Fr., die Schleierarbeiterinnen 72 Cent. bis 1,20 Fr. Da die arbeitslose Zeit in jedem Jahre von ganz beträchtlicher Dauer ist, geht die Jahreseinnahme solcher Arbeiterinnen oftmals bis auf 150 Fr. herunter.

Die belgischen Spitzenarbeiterinnen werden durchschnittlich nur 25 Jahre alt. Um die Qualität der Ware zu erhöhen, wird deren Herstellung in feuchten Kellern allgemein gehandhabt, was naturgemäß auf die schon von seihsten bis zum Lebensjahre ab dieser Arbeit obliegenden jungen Geschöpfe im höchsten Maße schädigend einwirken muß, wozu die bekannten Folgeerscheinungen der Bleivergiftung (insolge Weißens der Spitzen mit einer Bleiweißmischung) noch verschlimmernd hinzutreten.

In Rußland wird das Tabakmonopol eingeführt.

Singänge. Die Maschinenfabrik Osnaw Fischer in Berlin versendet einen aus dem Dänischen übersehten Aufsatz der Buchdruckereifirma D. C. Olsen & Co. in Kopenhagen über die Zelengemischmaschine Monoline, welche die genannte Firma seit zwei Jahren im Gebrauche hat. Selbstverständlich sind darin die Vorgänge dieser Maschine ins beste Licht gestellt.

Von dem Prachtwerke Das 19. Jahrhundert in Wort und Bild (Deutsches Verlagshaus Bong & Co.) liegen die Lieferungen 75 und 76 vor. Es ist darin der Krieg in Südafrika bis zur Einnahme von Pretoria geschildert, unterstützt von zahlreichen Illustrationen, zum Teile auch in Farbendruck. Das Gesamtwerk, dessen vierter Band hauptsächlich der Pariser Weltausstellung gewidmet, umfaßt vier Bände resp. 80 Hefte à 60 Pp., geht demnach seinem Abschlusse entgegen.

Auf zum Kampfe gegen die Agrarier und Böllner. Ein Vorschlag zur Beseitigung des Protektionssystems in Deutschland. Allen Zollgegnern und Volksfreunden gewidmet von Dr. M. Rohnmann. Berlin-Friedrichshagen, Verlagshaus für Volksliteratur. Preis 20 Pf. Nachdem der Verfasser die für den Zollgegnern in Betracht kommenden Fragen in kurzer aber prägnanter Weise zu beantworten verjucht hat, tritt er für einen Privat-Voyage der Konjumenten gegen den Staats-Truff der Agrarier ein und betrachtet einen solchen als vornehmstes Kampfmittel gegen die agrarischen Bestrebungen. Die Konjumenten sollen sich verpflichten, nur ausländisches Getreide zu verbrauchen und dadurch die Agrarier zwingen, ihren Raubzug auf die Tischen der erfteren aufzugeben.

**Gestorben.**

In Dresden am 17. März der Sezer Emil Mattig, 31 Jahre alt — Schwindfucht.  
In Leipzig am 14. März der ehemalige Besitzer der Königsberger Hartung'schen Zeitung, Joh. Friedr. Germ. Hartung, im Alter von 78 Jahren.

**Briefkasten.**

H. D. in Köln: Diese Nummern können wir Ihnen leider nicht vermitteln. — G. L. in Hamburg: In dieser Weise lieber nicht zu verwenden. — Km.: 1. Haben diese Bemerkung nicht gelesen, wo hat sie gestanden? 2. Besagter Artikel ist nicht von der von Ihnen bezeichneten Person. 3. Leider (oder glücklicherweise) erst nächstes Jahr. Beste GrüÙe! — H. B. in Kauf: Nur für von der Redaktion verlangte Artikel oder nach vorausgegangener Verständigung wird Honorar bezahlt. — Neuwied: 50 Pf.

**Verbandsnachrichten.**

**Sau Dresden.** Der diesjährige Goutag findet am 12. Mai in Meissen statt. Anträge zu demselben bitten wir bis spätestens 21. April an den Goutavorsteher einzusenden. — Diejenigen Berrauensmänner, welche mit der Einwendung der Jahresberichte noch im Rückstände, bitten wir, dies bis spätestens 1. April nachzuholen.  
**Frankfurt-Heffen.** Abrechnung pro 4. Quartal 1900. Verbandskaffe: Einnahme (einschl. 3000 Mt. Vorschuß) 18949,70 Mt., Ausgabe 11102,91 Mt., zurückbehaltener Vorschuß pro 1. Quartal 1901 3000 Mt., an den Hauptkassierer eingekandt 4846,79 Mt. — Goutaffe: Einnahme (einschl. 10067,10 Mt. Vermögen) 12925,79 Mt., Ausgabe 2116,18 Mt., Vermögen am Schluffe des Quartals 10809,61 Mt. — Vermögensab wurde an Reise-Unterstützung 1882,07 Mt., Arbeitslosen-Unterstützung 2361,75 Mt., sonstige Unterstützung 233 Mt., vorübergehend Arbeitsunfähige 3907,40 Mt., dauernd Arbeitsunfähige 803,75 Mt., Begräbnisgeld 400 Mt., Rechtschutz 136,45 Mt. — Aus der Zentral-Invalidentaffe

i. Liq. wurden 8 Invaliden mit 735 Mt. unterstützt. — Bewegungszustatistik: Mitgliederstand Ende des 3. Quartals 1216, neu eingetreten 16, wieder eingetreten 18, zugereift 106, vom Militär 8, zusammen 1364; abgereift 85, zum Militär 30, ausgetreten 5, ausgezogenen 21, gestorben 4, Mitgliederstand Ende des 4. Quartals 1219. — Arbeitslos waren 141 Mitglieder 3430 Tage, krank 119 Mitglieder 2823 Tage. — Zahl der Drucker 29.  
**Schleswig-Holstein.** An die Mitgliedskaffen wird im Laufe dieser Woche ein Zirkular verandt.  
— Die Hirt'sche Buchdruckerei (D. Raben) in Pödn steht außerhalb des § 2 der Vorstandsbeschlüsse.

**Gleiwitz (O.S.).** Um die Mitglieder vor Schaden zu bewahren, ist es unbedingt notwendig, vor Konditionsannahme am hiesigen Orte vorher Erkundigungen beim Vorjitzenden W. Nadowsky, Molltestraße 29, einzuziehen.

**Leipzig.** Die Buchdruckereien von C. Grumbach und G. Heinisch (Leipziger Volkszeitung) sowie die Schriftgießerei von G. Wötiger in Paunsdorf sind für Verbandsmitglieder geschlossen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigesigte Adresse zu richten):

In Ansbach die Sezer 1. William Müller, geb. in Pönnert 1878, ausgel. das. 1897; 2. Georg Rothberger, geb. in Hof 1877, ausgel. in Bernert 1894; waren schon Mitglieder. — In Lindau i. B. der Sezer Georg Kemper, geb. in Lindau i. B. 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In München i. d. Schweizergaben Anton Keller, geb. in Oberaltling 1880, ausgel. in München 1898; die Drucker 2. Johann Fröhlich, geb. in Simelsdorf 1884, ausgel. in München 1901; 3. Richard Paul, geb. in Stettin 1882, ausgel. das. 1900; 4. der Stereotypur Max Viehl, geb. in München 1883, ausgel. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder. — Ludwig Boelisch in München, Neuenstr. 22, I. In Calw der Sezer Karl Fröhlich, geb. in Oberjettingen 1882, ausgel. in Calw 1900; war noch nicht Mitglied. — In Neutlingen der Drucker Friedrich Bäuerle, geb. in Neutlingen 1882, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Rosenstraße 32, I.

In Dresden 1. der Sezer Oswald Goldberg, geb. in Siebenlehn 1881, ausgel. in Freiberg 1899; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Alfred Prasse, geb. in Dresden 1876, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — In Lodowig der Schweizergeben Hugo Krüger, geb. in Berenbrück 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — In Meissen der Drucker Moriz May Altermann, geb. in Deyla 1882, ausgel. in Meissen 1901; war noch nicht Mitglied. — In Wügelu (Bez. Leipzig) der Sezer Eduard May Bayrich, geb. in Wügelu 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. —

In Nerchau der Sezer Richard Scheffler, geb. in Döbeln 1878, ausgel. in Nerchau 1896; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Schumannstraße 55, part.

In Heideberg der Sezer Kurt Raimund Lwvig, geb. in Durlach 1881, ausgel. in Fellbach 1898; war noch nicht Mitglied. — R. Schneider, Lehrgasse 2.

In Krefeld der Sezer Johann Weiler, geb. in Krefeld 1883, ausgel. in Fischeln 1901; war noch nicht Mitglied. — Gustav Murmann, Marktstraße 85.

In Lafr der Drucker Emil Dreher, geb. in Neutlingen 1883, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Wilh. Christmann in Lafr, Schlosserstraße 14.

In Liebertwolkwitz der Drucker Franz Groth geb. in Charlottenburg 1881, ausgel. in Deutsch-Krone 1901; war noch nicht Mitglied. — In Martneufirchen der Drucker Robert Arthem, geb. in Erfurt 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Eifenstraße 10.

In Mülhausen i. E. der Sezer Georges Guéroust, geb. in Barmy (Frankreich) 1873, ausgel. das. 1891; war schon Mitglied des Romanischen Verbandes. — Otto Linjenmeyer, Buchdruckerei Wenz & Peters.

In Duedlinburg a. S. der Schweizergeben Bruno Graul, geb. in Kobla (Harz) 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — D. Jack in Halberstadt Bürgergertung.

In Wiesbaden der Drucker Paul Peter, geb. in Remscheid 1876, ausgel. in Marburg 1893; war schon Mitglied. — Joh. Kiegl, Walramstraße 10, I.

In Wittenberge der Drucker Wilh. Schmitz, geb. in Dpladen 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — W. Schmidt in Neu-Ruppin, Lubwigstr. 25.

In Zeitz der Sezer Richard Weife, geb. in Görlich 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — Fr. Klau, Nikolaiplatz 9, II.

In Ziegenhals der Schweizergeben August Paßelt geb. in Kennersfeld (Deiter.-Schlef.) 1881, ausgel. in Ziegenhals 1901; war noch nicht Mitglied. — P. Grünner in Reiffe, Zeputenstraße 30/31.

**Achtung Schriftgießer!**

Wegen ausgebrochener Tariffdifferenzen wird vor Konditionsannahme in Budapest gewarnt.

**Verband der Elßa-Lothringischen Buchdrucker.**

**Saarburg** (Lothringen). Vor Konditionsannahme in der Buchdruckerei Witwe Morin sind wegen der dort herrschenden tariflichen und sanitären Mißstände Erkundigungen beim Vorjitzenden H. Gödden in Meß, Gutfraße 16a, einzuziehen.

**Schleimigst gesucht**  
in jedem, auch dem kleinsten Orte, ein Agent zum Verfaufe unserer vorzüglichsten Zigarren an Wirte, Händler usw. Vergütung 120 Mt. pro Monat und hohe Provision. [294]  
A. Biedt & Co., Hamburg, Borgfelde.

**Maschinenmeister**  
tüchtige Kraft, energisch, wird gesucht. Nur wirklich erfahrene Herren, im Tabellen-u. Farbdrucke flott u. sicher, wollen Offerten mit Gehaltsansprüchen usw. richten an Rudolf Barth, Geschäftsbücherfabr. u. Buchdruck., Dresden. [285]

**Gesucht**  
Zwei tüchtige Schriftgießer an Kistemann'sche Komplettschneiderei [284]  
Schriftgießerei Otto Weifert, Stuttgart.

**Tüchtiger Stereotypur**  
der eventuell mit in der Galvanoplastik aus-helfen kann, sofort gesucht. [292]  
A. Humrich & Co., Leipzig-Reudnitz.

**Ein tüchtiger Zurichter**  
(Mechaniker) für Kistemann'sche Komplettschneiderei wird bei hohem Lohne in dauernder Stellung sofort gesucht. [295]  
A. Humrich & Co., Leipzig-Reudnitz.

**Tüchtiger Werkfezer**  
auch für leichtere Accidenzen, Tabellen und Zeltung, sucht sofort dauernde Kondition. Beste Offerten erbeten an Carl Ambrun, Fürst i. B. Wegandstraße 10, II. [287]

**Dreher,** tücht. selbst. Arbeiter, auch in oder später zu event. auch in Reparatur in größerem Betriebe. Beste Offerten an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten unter Nr. 293.

**Dresden.** Dienstag den 26. März, abds. 8 Uhr: Verammlung der Dresdener Gannitglieder im großen Saale des Erianon. E.-D.: Beratung der eingegangenen Anträge zur Tarifrevision. — Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Verammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand. [276]

**AUSLAND.**

Die Hausdruckerei einer bedeutenden Schriftgießerei sucht zum sofortigen Eintritte strebsamen und tüchtigen jüngeren Accidenzfezer, auf der Höhe der Zeit für Entwurf und Satz feiner Prozarbeiten. Freie Reise.  
Berte Off. mit selbstgef. Arbeiten und Zeugnisabschr. an die Geschäftsst. d. Bl. sub G. 280 erbeten.

**Verein d. Berliner Buchdr. u. Schriftgießer.**

Montag den 8. April (zweiter Osterfeiertag)  
**Grosse Matinee**  
in Louis Kellers Festsaal, Roppenstraße 29.  
Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester, Dirig.: Kapellmeister Robert Moser — Frau Anna Hecker-Levemann, Konzertfängerin aus Schwerin, Sopran — Herr Franz Burkhard, Geldtenor aus Prag — Herr Paul Friedrichs, Bariton. — Berliner Fik-Orso.  
Anfang 12 Uhr. Eintrittspreis im Vorverkauf 40 Pf. Programme sind auf der Verwaltung und bei den Kassentoten zu haben.  
Den Kollegen einen hohen künstlerischen Genuß versprechend, erwartet zahlreiche Beteiligung die Vergnügungskommission. [287]

**Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.**

Sonntag den 31. März (Palmsonntag) im Saale des Erianon (Eingang nur Ostallee);

**Grosses Konzert**

unter Mitwirkung des Musikwirtinosen Herrn König und des Künstler- Streichquartett's  
Einlaß 6 Uhr. — Herren König, Clemens, Ruppel, Köhler. — Anfang 7 Uhr.  
Eintrittskarten à 80 Pf. (an der Abendkasse 40 Pf.) sind zu entnehmen beim Verwalter Steinbrück, im Zigarrengeschäft des Kollegen Schalle. Gerostr. 19, beim Kollegen Joseph (Joseph-Schänke), Mittelstraße, beim Kollegen Nahtigall sowie bei sämtlichen aktiven Mitgliedern. [283]

**Bekanntmachung.**

Noch eine kleine Restauflage ist von der von der Stadt Mainz herausgegebenen

**Festschrift zur Gutenbergfeier 1900**

abzugeben. Hochelegante Ausführung. Von sieben Mainzer Buchdruckereien hergestellt. Enthält historisch-wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Gutenbergs von Landgerichts-Direktor Dr. Bockenheimer (sieben Blätter), Hofrat Bökroks historisches Drama „Gutenberg“ in vier Acten, ferner wertvolle Beiträge über Geschichte und Litteratur der Buchdruckerkunst von H. Schrohe, J. B. Seldenhöfer, H. Holdenheimer, F. Quetsch, Oskar Lehmann usw.  
37 1/2 Bogen, 440 Seiten. Preis einschl. Porto 2,50 Mk. gegen Einsendung des Betrages. Thatsächlicher Wert mindestens das Vierfache. Bestellungen werden nur ausgeführt, so lange der kleine Vorrat reicht.  
Bestellungen von Fachvereinen, Fachbibliotheken oder Schulen für Prämienzwecke werden bei Ausführung der Bestellungen bevorzugt. [285]  
Joh. Wirthsche Hofbuchdruckerei, A.-G., Mainz.

**Gutenberg-Haus Franz Franke**  
Berlin-Schöneberg.  
Mechan. Werkstatt & Maschinenbau.  
Schriften, Messinglinien, Utensilien.  
Buchdruckerei-Einrichtungen.  
Prospekte gratis und franko.

Die glückliche Geburt eines  
**Druckereins**  
zeigt hoch erfreut an  
Mitgliedschaft Neuwied-Adernach a. Rh.  
**Dank!**  
Zurückgekehrt von der Agitationsreise, sage allen Kollegen und Freunden, welche mir anlässlich meines 25jährigen Verbandsubstiumens Glückwünsche übersandten, hierdurch herzlich Dank.  
Leipzig. Conrad Eichler.

**Todes-Anzeige.**  
Am 14. März starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Otto Repmann**  
im 24. Lebensjahre.  
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Berlin, den 16. März 1901.  
Die Kollegen der Offizin Pass & Garlob.

**Tabellen zur Satzberrechnung**  
Kist., Gürtel in Leipzig, R. — 3 Mt.

Offertendriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Conrad Eichler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertendriefe ohne Freimarke können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

## Das Minimum.

Das Minimum wird immer mehr zum Maximum! Auf diese Frage stößt man jetzt sehr oft in unserm Verbandsorgane und gewöhnlich soll damit die Forderung einer Erhöhung des Minimums bekräftigt werden. Gilt das Minimum aber fast allgemein als Maximum, so muß das wohl einen schwerwiegenden Grund haben, und ich kann nur den einen allgemein zutreffenden finden, nämlich daß das Minimum zu hoch ist, um als Minimum zu gelten und infolgedessen zum Maximum — oder, um nicht zu übertreiben, zum Normallohn — geworden ist. Das Minimum ist zu hoch — das will ich in nachfolgenden beweisen, und damit die verehrten Leser nicht glauben, der Artikel rühre von einem Berrückten her und sei deshalb nicht das Lesen wert, will ich vorweg bemerken, daß ich meine Behauptung so aufgefaßt wissen möchte, daß die Sachleistung, welche dem Minimum entspricht, vom Gehilfen nur schwer zu übertreffen ist, und da nur wenige Prinzipale geneigt sein werden, ihren Seßlern mehr zu zahlen als sie — „tarifmäßig“ berechnen — verdienen, so wird das Minimum zum Normallohn. „Das Minimum“ — wie es im Kanarienvogel steht — ist eben kein Minimum. Dazu ist es zu hoch, trotzdem es zum Lebensunterhalte zu niedrig ist.

Vor einigen Jahren hielt ein Oberfaktor in Frankfurt a. M. — wenn ich nicht irre, war sein Name Fink — über den Tarif und das Minimum einen Vortrag, den damals die gesamte Fachpresse ausführlich behandelte. Gegenüber der von verschiedenen Firmen (die sich frühzeitig, den Tarif anzuerkennen) geltend gemachten Einwendung, daß viele Seßler nicht im Stande seien, das Minimum zu verdienen, stellte der Herr Vortragende den Grundsatz auf, daß dabei keine Rede sein könne, indem das Minimum gerade eine Bezahlung für minimale Kräfte darstelle, während tüchtige Arbeiter entsprechend höher entlohnt werden sollen. Diesem Grundsatz trat auch die Redaktion des Corr. bei; jedoch er leider noch lange nicht verwirklicht ist, brauche ich wohl nicht erst zu sagen.

Das Berechnen im gewissen Gelde gilt unter den organisierten Kollegen zwar für verpönt, aber es ist doch mehr im Schwünge als man gemeinhin glaubt. Im Tarif (§ 2) wird auch dem Gehilfen nur die Verpflichtung auferlegt, die Arbeitszeit pünktlich zu beginnen und einzuhalten und seine Arbeit ordnungsmäßig und regelrecht zu verrichten. Die früheren Tarifkommissionen so wohl wie der Tarif-Ausschuß (1896) haben bei Beratung des § 30 und bei Feststellung eines gewissen Wochenlohnes betont, daß ein Berechnen im gewissen Gelde unzulässig sei; es herrschen aber hierüber so vielerlei Begriffe, daß den Herausgebern des Tarifkommentars eine längere Erklärung (S. 98 bis 100) notwendig erschien. Diese Erklärung ist inhaltlich identisch mit einem Entschiede des Tarif-Ausschusses vom 15. Mai 1899. Der Begriff des Berechnens im gewissen Gelde wird im Kommentar an einem — wirklich passierten — Falle erläutert, wo eine Firma von ihren mit 28 Mk. entlohten Zeitungsgesellen ein festes Wochenpensum im Werte von etwa 30 bis 33 Mk. beanspruchte. Die Gehilfen (ich weiß nicht, ob ich sagen darf „Kollegen“) machten nicht etwa entrüstet gegen solche Zumutung Front, sondern sie wollten sich „nur“ zu einer Durchschnittsleistung im Werte von 29 bis 30 Mk. verpflichten. Beide Teile hatten sich also einem Berechnen im gewissen Gelde zugewandt, und dergleichen Verhältnisse kommen öfter vor — wenn auch nicht immer ganz so seltene. Daß also ein bestimmtes Pensum festgesetzt wird, das hat der Tarif-Ausschuß für unzulässig erklärt, wozu die Prinzipale keines Erachtens wohl hauptsächlich die Angst vor der Konsequenz veranlaßt hat, daß die Gehilfen, wenn sie ihr Pensum gefehlt haben, sich weigern könnten, noch mehr zu thun. Die Betroffenen würden dann am Ende gar, wenn man sie nicht früher nach Hause gehen lassen will, anfangen zu faulen und noch andere Mitarbeiter durch allerlei Späße beim flotten Schaffen zu stören. Fürwahr, eine Konsequenz nicht schrecklichen Ausmaßes! Deshalb sagt man auch gleich hinterher, daß der Gehilfengehälter nicht etwa „berechtigt“ ist, seine Wochenleistung nur nach dem Wochenlohn zu bemessen — „der Lohnvertrag im gewissen Gelde“ setzt vielmehr voraus, daß sich der Gehilfe zu fleißiger Arbeit verpflichtet. Dann wird in einem bestimmten Aktina noch aufs gründlichste bewiesen, daß trotzdem die Prinzipale das Recht haben, den Gehilfen über seine Arbeit in jeder Hinsicht zu kontrollieren; alle entgegengekehrten Meinungen unter den Gehilfen sind irrig. So sieht das „gesetzliche“ „Verbot des Berechnens im gewissen Gelde“ aus. Der Prinzipal darf seine Gehilfen kontrollieren; nur darf er keine Forderung in bestimmtem Werte aufstellen. Der Seßler ist nicht berechtigt, seine Leistung nach dem Lohne zu bemessen, sondern er hat während der ganzen Arbeitszeit „fleißig“ zu arbeiten. Man kann da deutlich die Meinung hervorstrahlen sehen, daß der Gehilfengehälter „etwas mehr“ als seinen Lohn verdienen soll. Und in der That lassen viele Geschäfte

solche Arbeiten, die durchaus nicht ungeeignet fürs Berechnen sind, deshalb im gewissen Gelde herstellen, weil die Seßler so doch öfter „etwas mehr“ schaffen als sie bezahlt erhalten — natürlich nur bei anstrengender Kontrolle. Auch viele Gehilfen sehen in einer dergleichen Praxis gar nichts Anstößiges. Handelt es sich dann gar um Minimumseßler, und diese sehen nun in der That nicht mehr als ihrer Entlohnung entspricht, bei widrigen Umständen an manchen Tagen vielleicht noch ein paar Zeilen weniger, dann wird über den betreffenden die Nase gerümpft; man spöttelt im geheimen über den „Stümper“. Muß derselbe aber gar einmal seine Kondition unfreiwillig verlassen (vielleicht aus einem ganz andern Grunde), dann verschwindet oft die Kollegialität ihm gegenüber gänzlich. „Der kann ja das Minimum nicht verdienen“, so spricht man mit unfähiger Verachtung in Ton und Gebärde öffentlich und im privaten Verkehr zu jedem, der es hören will. Und wer es hört, der beist sich, auch seinerseits einen Stein auf die „traurige Kreatur“ zu werfen. Javohl, einen solchen absolut unangebrachten Hochmut, solche Lieblosigkeit findet man oft in Kollegentönen, und die vielgerühmte Kollegialität wird von sehr vielen nach den „Maßen“ bemessen, die man mit jemandem zusammen getrunken hat, anstatt danach zu fragen, ob der betreffende jederzeit für das Wohl des Verbandes besorgt war; ein guter Sußkollege von der Marke M.-B. wird oft besser geachtet als ein treuer, im Allgemeininteresse stets auf dem Posten sich befindender Verbandskollege, dessen Gesundheitszustand ihm den Biergenuss nicht gestattet. Doch ich will mich nicht in Zeremonien verlieren, sondern zur Sache zurückkehren. Unsere dithyrämbeligen Zeitungsgesellen mögen ja über mein Zammern lachen; bei ihren späctigen Arbeiten ist ja noch Geld zu verdienen, und wer da am Ende das Minimum nicht erreicht, der mag ja vielleicht wirklich ein Stümper sein.

Aber im allgemeinen liegen die Verhältnisse anders. Mancher Gehilfengehälter — der auch die Nase rümpft, wenn er von jemandem hört, daß er entlassen wurde, weil er das Minimum „nicht verdient“ — würde, wenn er mal in sich ginge und seine Arbeitsleistung „tarifmäßig“ berechnete, finden, daß er auch an manchem Tage sein Geld „nicht verdient“ hat. Ich behaupte, daß die meisten im gewissen Gelde stehenden Seßler — „tarifmäßig“ berechnete — ihr Geld nicht verdienen.“ Sollte meine Behauptung in diesem Umfange aber bestritten werden — nun, dann will ich sie (nicht mit gutem Gewissen, sondern nur um Streit zu vermeiden) dahin einschränken, daß vielleicht die zum Minimum und die darüber entlohten wohl das Minimum „verdienen“, daß aber nur sehr wenige (auch von den höher bezahlten) mehr als das Minimum verdienen. Keine Anmerkung kann meine Behauptung natürlich auf solche Gehilfen finden, die einer scharfen Kontrolle unterliegen; das sind keine Gehilfengehälter mehr, sondern berechnende Seßler im gewissen Gelde. Ich habe nur die unter normalen Verhältnissen, ohne kleinliche Kontrolle arbeitenden Kollegen im Auge, die nicht am Kasten stehen wie die Schafe und arbeiten wie die Dämonen. Dies ist ja glücklicherweise auch die große Mehrheit der Gesamtkollegenchaft. Die Arbeitsweise dieser großen Mehrheit kann man — wenn man eine (schon viel zu lange) neunstündige Arbeitszeit in Betracht zieht — auch allenfalls noch als menschlich bezeichnen; wie aber die anderen arbeiten, das ist unmenschlich.

Fast alle berechnenden Seßler sind, wenn sie nicht gerade in einer Seßlerprinde sitzen, gezwungen, über ihre Kraft zu arbeiten; denn je niedriger die Rechnung, desto näher der Saft. Dieses Hasten und Jagen ist u. a. wohl auch eine Hauptursache des schlechten Gesundheitszustandes vieler Kollegen, eine Hauptursache der so großen Schwindsuchtshäufigkeit in unserm Berufe und der hohen Sterblichkeitsziffer. Und weil es in den meisten Druckereien Müss, denjenigen berechnenden Seßler, der das Minimum einmal nicht erreicht, sofort zu entlassen bezug zu kündigen — das Geschäft könnte ja in schlechten Ruf kommen, wenn in ihm so wenig verdient wird —, so erteile ich der tariftreuen Gehilfenchaft und ihren Vertretern zur bevorstehenden Tarifrevision den eindringlichen Rat, **den Hauptwert auf die Erhöhung der Löhne fürs Berechnen zu legen.** Das soll der Zweck dieses Artikels sein. Die Sätze fürs Berechnen müssen so erhöht werden, daß eine minimale Arbeitskraft, ohne gerade unmenschlich (siehe obige Definition) zu arbeiten, das Minimum verdienen kann.

Diese Forderung, die ich hier erhebe, wird ja nun den meisten Kollegen etwas ganz neues sein. Gewöhnlich glaubt man den Hauptwert auf die Erhöhung des Minimums legen zu müssen, denn die Berechner verdienen ja doch immer noch ein paar Mark mehr. In welcher Weise aber die Berechner ihr kostbares Gut, ihre Gesundheit, für diese paar Mark angreifen müssen, das wird selten bedacht; da denkt man nur an die dithyrämbeligen Zeitungspründer, in deren Herrlichkeit aber die Seß-

maschine schon ein großes Loch gerissen hat. Bei allgemeiner Einführung der Seßmaschine wird es wohl dahin kommen, daß die Maschine den glatten Satz herstellt und der Seßler — der ja für die Maschine Dreck ist — den Handgehern verbleibt. Diese Handgehern werden natürlich nur in geringer Anzahl nötig sein, und daß diesen paar Männern dann der ganze Seß bezahlt werden wird, das ist wohl kaum anzunehmen. Schon heute werden bei den meisten Zeitungen (ich möchte fast sagen bei allen, die man nicht zu den großen rechnen kann) der Satz und die Anzeigen im gewissen Gelde hergestellt. Diesen Seßler nun — der, wie gesagt, ja doch nur in großen Zeitungen den berechnenden Seßlern bezahlt wird und der hauptsächlich die Schuld an dem falschen Glauben trägt, daß im Berechnen noch etwas zu holen sei — als Kompensationsobjekt in kluger Weise bei der Tarifrevision zu bewerten (natürlich nur, wenn nötig und nützlich), das wäre meines Erachtens die richtige Taktik für eine geniale und weitaussehende Gewerkschaftsführung, wie wir sie ja wohl besitzen — wenigstens habe ich so etwas gehört. Hic Rhodus, hic salta! Ich meine das so, daß, wenn z. B. das Minimum um 15 Proz. erhöht wird, die Sätze fürs Berechnen um 20 Proz. erhöht werden müssen. Wenn die Prinzipalvertreter das nicht zugestehen wollen und auf die hohen Verdienste der berechnenden (vulgo Zeitungsgesellen) Seßler hinweisen, so haben die Gehilfenvertreter zu entgegnen, daß diese hohen Verdienste nur durch den Seßler möglich seien, daß dieser Seßler der Allgemeinheit aber nichts nütze und als Kompensationsobjekt verschaffert werden solle. Das wird zwar die Herren Zeitungsgesellen ein wenig erbittern, sollte aber von den Vertretern der Allgemeinheit doch versucht werden, da ja die Zeitungsgesellenherrlichkeit durch die Seßmaschine so wie so bald in die Brüche gehen wird. Ich bin zwar weit entfernt davon, zu fordern, daß alle Gehilfen gleich schlecht bezahlt werden sollen — diesen Vorwurf machen die Herren ja jedem, der gegen sie auftritt —, aber ich halte die oft exorbitant hohen Verdienste, die nur relativ wenigen zu gute kommen, tatsächlich für einen Krebschaden unser Gewerbes. Diese hohen Verdienste einer kleinen Gruppe haben bei den Volksmunde verbreitete Lär von den hohen Löhnen der Buchdrucker verursacht und so den großen Andrang zu unserm Berufe und die damit verbundene Verfristung durch die Seßmaschine, woraus wieder eine ständige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes resultiert. Viele Kollegen ich sage nicht „alle“ oder „die meisten“ — sind durch ihre hohen Verdienste in Zeitungsdrukereien zu Progen geworden; sie konnten nicht mehr unter ihresgleichen, d. h. Arbeitern, verkehren, sondern mußten in „bessere Gesellschaft“ hohkottierte Lokale frequentieren, woher das Wort vom Dinkel der Buchdrucker stammt, welches den Boden wohl vorbereitet hat für die Drachensaat solcher sozialdemokratischer Parteiblätter, die mit besonderer Vorliebe die Buchdruckerhag kultivieren. Und weil man, wo vom Berechnen die Rede war, immer an Seßler dachte, sind die Preise so niedrig bemessen worden, daß man heute, wo es in den meisten Druckereien für den Berechnen keinen Seßler mehr gibt, wie eine lebendige Seßmaschine arbeiten muß, um das Minimum (oder wenig mehr) zu verdienen. Wo es aber noch etwas Seßler gibt, da hat derselbe gewöhnlich allerlei Mißstände im Gefolge. Die Faktoren und Metreure können sich durch Begünstigung bei Verteilung der Arbeiten gefügige Kreaturen erziehen: Schmeichler, Schuster, Streber, Verräter. Ist jemand in einer solchen Spekulationsart „sicher“ geworden, dann hört er gewöhnlich auf, sich um die Interessen der Allgemeinheit zu kümmern, und sehen sich seine Kollegen einmal zu einem Streik genötigt, dann bleibt er stehen aus Angst vor denen, die schlechter als er gestellt sind und darauf lauern, seine Stelle zu belegen.

Darum hinweg mit dem Seßler, wenn wir dafür die Berechnungspreise in lohnender Weise erhöht bekommen können. Sollte aber jemand einwenden, daß er auch bei glattem Satze schon schönes Geld verdient habe, so mag das ja bei manchem Schnellhasen zutreffen; aber mir sind dagegen Fälle bekannt, wo tüchtige Kollegen bei durchaus „tarifmäßigem“ Berechnen das Minimum nicht verdienen konnten und deshalb ihre Kondition lieber freiwillig verließen. Und der Uebel, an denen so etwas manchmal liegt, sind so viele, daß ich sie gar nicht alle aufzählen kann. Da gibt es in manchen Druckereien Manuskripte, die man ja noch lesen kann, aber wie? Die Handschrift sieht auf den ersten Blick gar nicht so schlimm aus, nur sind sehr leicht Verwechslungen möglich; man muß da immer den ganzen Satz (manchmal ein riesiges Ende) durchlesen, um den Sinn kennen zu lernen. Dann geht das Arbeiten „ganz gut“. Bei der nächsten Pause aber rechnet man seine Leistung nach, und dann merkt man erst, wie mancher Winkelhafen bei der Leserei flöten geht. Die Ausschläge für schlechtes Manuskript nun, die ja durch freie Vereinbarung festgesetzt werden, machen selten den Schaden aus, sintermalen die „freie Vereinbarung“ auch wieder Zeit kostet, und manchmal gar nicht wenig, was manchen Kollegen schon von dem Vorstelligen werden

abzweckt. Es gibt ja allerdings Fälle, wo es gelingt, auf schwer leserliches Manuskript erst einen Ausschlag bewilligt zu bekommen und sich dann allmählich gut einzulesen, so daß man dann ganz schöne Rechnungen erzielt. Das sind aber Glückszufälle, auf welche man sich doch nicht beim Broterwerb verlassen kann. Wir wollen unser Brot durch ehrliche Arbeit verdienen und nicht etwa unsern Beruf als Jagardspiel betrachten.

Noch auf einen andern dunkeln Punkt möchte ich hier hinweisen, über den ich thatsächlich noch nie etwas Nennenswertes im Corr. gelesen habe und der sozusagen eine Lücke im Tarife zeigt; es ist die mangelhafte Heizung in manchen Offizinen. Trifft dieser Uebelstand nur Gehilfen im gewissen Gelde, dann ist die Sache noch nicht so schlimm, trotzdem auch diese nicht gerne frieren werden; aber den Schaden von der verminderten Leistungsfähigkeit hat hier doch das Geschäft, welches es versucht hat, für'n Sechser Kohlen zu sparen. Anders liegt die Sache bei berechnenden Segeern. Diese armen Teufel haben oft eine ganz bedeutende Verdienstsverringerung, namentlich wenn einmal an einem oder gar zwei Feiertagen die Wude ordentlich ausgekühlt ist. Wenn dann auch morgens noch so spendabel losgefeuert wird; es hilft alles nichts, vor 11 bis 12 Uhr kann man nicht richtig arbeiten. Der Heizer ein paar Stunden früher anfangen zu lassen (wo für er natürlich gut bezahlt werden müßte), so weit reicht der Horizont der meisten Druckerleiter natürlich nicht. Wenn dann nach Beginn der Arbeitszeit das Personal Vorstellungen erhebt, dann kann man natürlich keine sofortige Abhilfe schaffen. Dann verspricht man höchstens, den Herren Berechnern den entstehenden Schaden zu vergüten; aber über die Höhe dieser Vergütung kommt es am Rechnungstage gewöhnlich auch wieder zu unermüden Streitereien, da doch nicht alle gleichmäßig frieren, mitfin auch die Verlustrechnungen verschieden sind. Um diese Streitereien zu vermeiden, erklärt beim nächsten Male das Personal (aus Solidarität natürlich auch das im gewissen Gelde stehende), überhaupt nicht arbeiten zu können, was gar nicht so unrichtig ist. Das ist vielmehr ganz recht; aber verbrüht ist dieses Recht bis jetzt leider noch nicht. Sollte nun der Prinzipal die für ihr Recht Eintreten aus der Druckerei weisen und sich ein neues Personal aus der Zwickauer Lindenstraße holen, so bin ich gar nicht einmal sicher, ob die Gemahregelten den Schutz der Tarifinstitutionen finden würden; am Ende läme es vielleicht so, daß das Thun der Hausväter als tariftreue beglaubigt würde. O, die „Tariftreue“ des Gutenberg-Bundes ist kein leeres Wort! — Eine solche Rechtsunsicherheit ist empfindlich als Lücke im Tarife zu bezeichnen, und die Gehilfenvertreter sollten ihr möglichstes thun, um diese Lücke zu beseitigen. Es muß eine neue Bestimmung im Tarife Aufnahme finden, welche klipp und klar dem Prinzipale die Verpflichtung auferlegt, für hinlängliche Heizung zu sorgen, und den Gehilfen gewisse Rechte zuspricht, falls das Geschäft diese Verpflichtung nicht oder nur ungenügend erfüllt.

Doch zurück zu meiner Forderung, die Berechnungspreise in reichlicherem Maße zu erhöhen als das Minimum. Diese reichere Erhöhung für die betreffenden Segeer würde meines Erachtens sicherlich auch auf die Löhne der im gewissen Gelde stehenden Kollegen einen günstigen Einfluß ausüben. Schon des öfters wurde im Corr. ausinandergesetzt, daß niemand verpflichtet sei, für das Minimum zu arbeiten. Es wurde jedem Kollegen, dessen Leistungen einen höhern Wert hätten, sogar zur Pflicht gemacht, mehr zu fordern. Trotzdem können sich sehr viele nicht dazu entschließen, und das liegt eben daran, daß sie nicht in der Lage sind, bei einer solchen Forderung zu beweisen, daß sie so und so viel über das Minimum verdienen, wobei auch der Ausfall durch die Feiertage, für die ja ein Lohnabzug nicht stattfindet, mit in Anschlag zu bringen ist. Wenn aber doch noch eine so hohe Zahl von über Minimum Entlohnerten in den Statistiken aufgeführt wird, so erhält wohl darunter der größte Teil so wenig mehr (25 bis 75 Pf.), daß man die Betroffenen auch ruhig noch als Minimumseger bezeichnen könnte. Von den dann noch höher Entlohnerten erfahren wohl die meisten Vertrauensfunktionen, Aebenzehn oder sonstige besondere Fähigkeiten bezahlt, aber selten werden sie für die bloße Quantität ihrer Leistung mehr bekommen. So etwas passiert nur ganz ausnahmsweise. Die dann noch übrig bleibenden erhalten zum Teile deshalb mehr, weil sich das Geschäft sein Personal möglichst dauernd festhalten will und deshalb lieber etwas mehr gibt, trotzdem die Segeer eigentlich — tarifmäßig — berechnet — nicht so viel leisten. Und dann sind ja schließlich die humanen Prinzipale noch nicht gänzlich ausgestorben. Aber wenn es auch eine größere Anzahl von Kollegen gibt, die mehr bekommen als sie eigentlich — nach den niedrigen Berechnungspreisen — verdienen, so befinden sich dieselben doch in einer verzwickten Lage. Sie wissen, daß sie so leicht solche Stellung nicht wieder erhalten, und deshalb lassen sie sich oft eine unwürdige Behandlung gefallen oder dulden andere Mißstände. Dann haben sie auch kein Interesse an der Tarifbewegung, denn wenn auch das Minimum erhöht wird, so steigt ihr Lohn trotzdem wahrscheinlich doch nicht mehr, zumal sie auch am Ende schon anfangen alt zu werden. Gelingt es aber, die Berechnungspreise so zu erhöhen, daß jeder Kollege, der nicht gerade eine minimale Arbeitskraft darstellt, auch im gewissen Gelde, ohne unmenschlich zu schreien, für ein paar Mark Tag über das Minimum liefern kann, dann ist es auch leicht möglich, eine Zulage zu fordern und zu erhalten

Man wende mir nicht ein, daß sich die Arbeit der meisten Kollegen nicht berechnen lasse. Das trifft allerdings zu, aber durch gelegentliche Stichproben wissen die Geschäftsführer doch ganz gut, was ein Gehilfe leistet. Wenn sie dann öfter ein Auge zuwidern, so hat das seinen guten Grund wohl darin, daß sie meist ziemlich sicher sein können, bei einem eventuellen Gehilfenwechsel jemand zu bekommen, der noch weniger leistet.

Es würde mich nun sehr freuen, wenn zu meiner Förderung noch andere Kollegen im Corr. das Wort ergreifen wollten. Jedenfalls müßten mir alle zugeben, daß bei einer Erhöhung der Berechnungspreise auch der Gehilfenlohn leichter mehr (über Minimum) fordern kann, so daß dann das Minimum wird, was es sein soll, eine Bezahlung für minimale Arbeitskräfte.

Manus.

## Kollegen, schützt Euch vor Krankheit!

Dieser Mahnruf ist gerade in diesen Tagen besonders notwendig, wo die Krankentisten der einzelnen Ortsvereine ins Erschreckende gewachsen sind.

Obwohl durch die Reichsgesetzbestimmungen für Buchdrucker und Schriftgießereien vom Jahre 1897 resp. deren Durchführungen der sich in den Arbeitsräumen aufwühlende Staub um ein ganz Bedeutendes verringert hat, bleibt noch vieles zu thun übrig, insbesondere was Keften- und Negatreinigung anbetrifft.

Meines Erachtens liegt es jedoch nicht nur daran, sondern direkt an vielen Kollegen selbst, den sogenannten „Wasserschneem“, die zu wenig oder gar keine Sorge dafür tragen, daß sich ihr körperliches Wohlbefinden steigere — und dies ist der Kernpunkt dieser Zeilen. Daß dieses körperliche Wohlbefinden steigerungsfähig ist, will ich „jenen“ kurz vor Augen führen.

Gewiß wird ein jeder, der sich eine komplizierte teure Maschine oder ein wertvolles Haustier oder dergleichen anschafft, eifrig bemüht sein, sich die nötigen Anweisungen geben zu lassen, wie er dieses sein wertvolles Besitztum am richtigsten zu behandeln, abzuwarten, unterzubringen und zu versorgen hat, damit es möglichst lange leistungsfähig und erhalten bleibt. Nur bezüglich seines eignen Körpers glaubt man derartiger Kenntnisse entzogen zu können, obwohl es nicht allzu schwer wäre, die nötigen Lehren aus dem großen Buche der Natur sich anzueignen, wie es der sogenannte Wüde, d. h. der von der Kultur in seinen Sinneswahrnehmungen noch nicht beeinträchtigte Naturmensch, was die Tiere in der Freiheit wahrlich nicht zu ihrem Schaden thun. Wenn es dann zu spät ist, und die Funktionen des Organismus gestört sind, wenn man „krank“ ist, dann verläßt man sich auf den Arzt und verlangt von ihm, daß er die von dem Kranken während des ganzen Lebens gemachten Fehler und ihre Folgen mit ein paar Apothekenmitteln schnellst möglich korrigiere. Da dies nun aber nicht gut angeht, und da es leichter ist, zehn Krankheiten zu verhüten als eine zu heilen, so gilt es, dem ungebetenem Gäste durch die eigne Willenskraft jedes einzelnen Kollegen an sich die Thüre zu weisen. Dies zu erreichen, sollte zum Prinzip eines jeden Kollegen werden.

Sieht man die gleichen Gestalten ihren „Musentempel“ verlassen, so liegt die Annahme nahe, dieselben kämen aus jahrelanger Internierung aus Tageslicht — manche die reinsten Schmierfinken — eine Wahrnehmung, die ich nur zu oft zu machen Gelegenheit hatte. Die Folgen dieser vernachlässigten Hautreinigung und Pflege sind chronische Bleibergiftung, wenn auch in geringerem Maßstabe, so dann Atmungs- und Verdauungsbeschwerden, Augenübel usw. können zum Schluß den vorzeitig eintretenden Verfall des ganzen Körpers.

Diesen schädlichen Einflüssen unsrer Thätigkeit kann nur durch rege Hautthätigkeit, bestehend in Bädern, Waschungen usw. ein Riegel vorgehoben werden. Ist doch die Haut neben der Lunge, den Nieren und dem Darms das Hauptausscheidungsorgan des menschlichen Körpers, welche durch ihren großen Reichtum an Blutgefäßen, Schweißdrüsen und Poren dazu besonders geeignet ist, verbrauchte Stoffe (Gifte) auszuscheiden. Wir haben also darauf zu achten, daß wir die Thätigkeit derselben unterstützen, mindestens dieselbe nicht zu hemmen. Zur Erhöhung der Ausscheidungsthätigkeit ist es ferner nötig, alle 8 bis 14 Tage ein Schwitzbad mit nachfolgendem kühleren Bade zu nehmen. Auch eine naturgemäße Lebensweise sich anzueignen, würde mit Erfolg gekrönt sein.

Es sollte daher jeder Kollege sich den bereits bestehenden Naturheilvereinen, deren im Deutschen Reich tausende zu verzeichnen sind, und deren Wohlthat in Aufklärung usw. nicht abzuleugnen ist — anschließen, wo keine noch bestehen, solche im Vereine mit den ortsanwesenden Arbeitern anderer Kategorien zu gründen, und sollten auch hier die Buchdrucker bahnbrechend wirken!

Also nur keine Angst vor dem heilbringenden Wasser! Stuttgart.

Robert Ad.

## Korrespondenzen.

Berlin. (Bericht der Vereinsversammlung vom 6. März.) Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende Massini die Ursachen bekannt, welche den Antrag, die Firma Drowsky von der Liste der tariftreuen Druckereien zu streichen, veranlaßt hatte. Es waren die Differenzen dadurch entstanden, weil ein Tarifgerichtsbescheid keine An-

erkennung fand; der Intervention des Vorstandes gelang es aber, solche herbeizuführen, so daß die Streichung zurückgenommen werden konnte. Der Segeer Emil Lamprecht, welcher jüngst wegen Unterschlagung von Vereinsbeiträgen aus dem Verband entfernt wurde, hat sich den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft durch die Furcht entzogen. Von einer Differenz bei der Firma Ushel wurde berichtet, daß diese ihre Ursache in der Entlassung zweier Kollegen hatte, welche mit Arbeitsmangel motiviert wurde. Dieser Angabe wurde aber durch die sofort erfolgende Einstellung von fünf Segeern widersprochen, so daß der wahrscheinliche Grund — in einer Druckerberufsammlung am Geschäft geübte Kritik — an Richtigkeit gewann. Erlebte wurde diese Angelegenheit dadurch, daß der Vertreter des Geschäfts die Erklärung abgab, daß die obige Annahme nicht zutrefte, und weiter, daß der Vertrauensmann bei auftauchenden Streitfragen in Zukunft in erster Linie zu Rate gezogen werden soll. Die veröffentlichte Segeerstatistik wurde einer kurzen Betrachtung unterzogen, wobei besonders darauf hingewiesen wurde, daß von 185 Firmen, welche Segeer beschaftigen, nur 38 den Tarifentwurf anerkannt haben; eine eigenartige Thatsache, wenn man die seitens der Maschinenhersteller an die Öffentlichkeit gebrachten Wünsche und Forderungen auf Veränderung des Segeerentwurfes in Betracht zieht. Es wurde hier auf ein Feld von zweimäßiger Betätigung unserer Spezialkollegen hingewiesen, den bestehenden, an sich wohl noch verbesserungsfähigen Tarif in jenen 147 nichtanererkennenden Firmen zur Einführung zu bringen. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm nunmehr die Fortsetzung der Diskussion über das Thema Rückblick auf die verlossene Tarifperiode ein. Hier sollte den Gegnern bezw. Kritikern unserer Tarifgemeinschaft Gelegenheit zur weitgehendsten Aussprache gegeben werden. Kollege Massini zog zunächst eine Parallele zwischen dem korporativen und individuellen Arbeitsvertrage; zur Illustration des letztern, der die Arbeiter zu einem Eintagsleben im Erwerbsverhältnis zwingt, welches am Morgen der Raune des Unternehmers das Entsetzen verbannt und am Abend mit seiner Willkür zu Ende geht, führte er einige kräftige Beispiele an, welche in der Metallindustrie sich jüngst abgepielt haben. Im weitern Verlaufe der Debatte äußerten sich die Kollegen Thiele, Giesecke, Wachs, Heinrich, Tübbecke alle zu Gunsten des korporativen Arbeitsvertrages, der das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der Zukunft werden wird. Als Gegner von Tarifgemeinschaften, aber nur in der Form, wie sie dieselbe unser Verband eingegangen ist, äußerte sich Kollege Fülle. Den Unwert unserer jetzt abgeschlossenen Gemeinschaft wies er durch Zitate aus den Jahren der Bewegung von 1891/92 nach. Sein Vorschlag, wie eine Tarifgemeinschaft gestaltet werden müsse, der auch ein zielbewußter Arbeiter bestimmen könne, ging dahin, daß eine solche höchstens auf ein Jahr abgeschlossen werde und die individuelle Bewegung jedes einzelnen ungehindert bleiben müßte. Weiter breitete sich Redner dann in der Hauptsache über die Stellung der neutralen Gewerkschaftsbewegung zur politischen Partei aus, wobei er die letztere als den wichtigsten Faktor hielt, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Eine Kritik an der verlossenen Tarifperiode übte der Redner ebenfalls aus. Kollege Dreylich schloß sich diesen Ausführungen an und verurteilte einige Fehler in dem angeführten Material seitens des Tarifsekretärs Schliebs nachzuweisen. Die Kollegen Faber und Böcklin wandten sich gegen diese Ansichten; sie führten aus, daß wohl jeder einigermaßen objektive Kenner unserer Tarifgemeinschaft unter dem Brillantfeuerwerke der Rhetorik, welches die sog. Tarifgemeinschaftsgegner abbrennen, die vorgebrachten winzigen Beweise gegen dieselbe erblicken wird; der Kanonendonner von einigen Sätzen aus Genossenversammlungen müsse es machen. Auch auf diese Thatsache wiesen die Redner hin, daß, wenn es für Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage recht sei, eventuell für Flinten Volkrechte einzutauschen, dies für die Arbeiterorganisationen, welche eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage in irgend einer Form erreichen können, billig sein müsse. Die Hauptsache sei nur, daß nicht etwas nur rabiat klinge, sondern rabiat wirkt; und das sei doch durch Statistiken usw. bei unserer Tarifgemeinschaft zur Evidenz nachgewiesen. Sobald die Gewerkschaft das ist, was sie wirklich sein soll: Selbstzweck, dann wird sie den korporativen Arbeitsvertrag eingehen müssen und Forderungen, mit idealem Maßstabe gemessen, niemals stellen. Nachdem Kollege Schliebs als Referent der vorigen Versammlung noch einige Aufschlüsse und Richtigstellungen gegeben hatte, erfolgte Schluß der Verhandlungen. — An Personalveränderungen ist der Austritt des Segeers Wolff Hering wegen Berufsveränderung und der Ausschluß des Segeers Albert Bahndick nach § 5b des Statutes zu verzeichnen.

Ulm. Der erste „eiserne Kollege“ (Sintotype) ist dieser Tage in Ulm eingetroffen, um seine Thätigkeit in dem Ulmer Tagblatt (Ebner) zu beginnen. Aus dem fetterigen Personal wurden zwei Segeer entnommen und nach Berlin geschickt, um in den „Gehilfenlisten“ des „Eisernen“ unterrichtet zu werden. Wiesel. Die verehrl. Orts- bezw. Bezirksvereine werden freundlichst ersucht, uns bei Anschaffung einer Bibliothek durch etwaige Zuwendung von Duplikaten gefl. unterstützen zu wollen und erlitten wir eventuelle Sendungen an den Schriftführer Peter Seher, Johannisstr. 84, zu adressieren.